



Jahresbericht Rapport annuel 2006

SROSVV OAASA

Selbstregulierungsorganisation
des Schweizerischen Versicherungsverbandes
zur Bekämpfung der Geldwäscherei

Organisme de l'autorégulation de
l'Association Suisse d'Assurances
pour la lutte contre le blanchiment d'argent

Herausgeber/Publié par:

Schweizerischer Versicherungsverband (SVV)
Association Suisse d'Assurances (ASA)
C.F. Meyer-Strasse 14
Postfach 4288, CH-8022 Zürich
Tel. +41 44 208 28 28
Fax +41 44 208 28 00

Zuständiges Gremium/Organe responsable:

Selbstregulierungsorganisation
des Schweizerischen Versicherungsverbandes
zur Bekämpfung der Geldwäscherei

Organisme d'autorégulation de
l'Association Suisse d'Assurances
pour la lutte contre le blanchiment d'argent

Redaktion und Kontaktperson/**Rédaction et personne à contacter:**

Jörg Kistler
C. F. Meyer-Strasse 14
Postfach 4288, CH-8022 Zürich
Tel. +41 44 208 28 63
joerg.kistler@svv.ch

Bestelladresse/Commandes:

www.svv.ch

© 2007 Schweizerischer Versicherungsverband, Zürich
Association Suisse d'Assurances, Zurich
Stand 30. Juni 2007/Etat au 30 juin 2007

Vorwort des Präsidenten	4
Vereinsorgane	6
Tätigkeitsbericht	7
Berichterstattung der Mitglieder	9
Avant-propos du président	10
Organes de l'association	12
Rapport d'activité	13
Rapports fournis par les membres	15

Vorwort des Präsidenten

Dem Erhalt eines gesunden Finanzplatzes kommt hohe Bedeutung zu, wenn die Schweiz weiterhin von vorteilhaften Wettbewerbsbedingungen profitieren will. Der Schweizerische Versicherungsverband (SVV) begrüsst die Absicht von Parlament und Behörden, sich an den Bestrebungen der internationalen Gemeinschaft zur intensiveren Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zu beteiligen. Ziel muss es sein, dass die Schweiz über ein aktuelles, effizientes, aber wirtschaftlich und administrativ tragbares System zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung verfügt. In diesem Sinne steht der SVV der Botschaft des Bundesrates zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen und zur Ausdehnung des Geldwäschereigesetzes auf die Terrorismusfinanzierung positiv gegenüber.

Entwicklungen in der EU

Die EU-Kommission hat am 1. August 2006 Durchführungsmaßnahmen zur Umsetzung der 3. EU-Geldwäscher-Richtlinie vom 25. November 2005 erlassen. Diese regeln insbesondere, welche politisch exponierten Personen unter dem Begriff PEP zu verstehen sind, und dass dies nur ausländische Personen und deren Angehörige betreffen soll. Zudem wurden einige technische Kriterien für die Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten hinsichtlich bestimmter Kunden, Produkte und Transaktionen vorgegeben. Die Mitgliedstaaten der EU haben die Richtlinie bis spätestens 15. Dezember 2007 umzusetzen.

Eidgenössische Ebene

Der Bundesrat hat im Juni 2007 einen Botschaftsentwurf zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen zu Händen der eidgenössischen Räte verabschiedet. Der Entwurf dehnt den Geltungsbereich des Bundesgesetzes zur Bekämpfung der Geldwäscherei (GwG) auf die Terrorismusfinanzierung aus und enthält einige Massnahmen, mit denen die Wirksamkeit des schweizerischen Abwehrdispositivs erhöht und der generelle Schutz des Finanzplatzes Schweiz vor Missbräuchen verstärkt werden soll. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes wurde an einen möglichst geringen administrativen Aufwand für die Finanzintermediäre und die Behörden und auf das Vermeiden einer übermässigen Erhöhung der Regelungsdichte gedacht.

Der SVV begrüsst den eingeschlagenen Weg. Einem griffigen und wirtschaftsverträglichen Abwehrdispositiv kommt hohe Bedeutung zu, doch sind die Handlungsräume bei der Umsetzung der internationalen Standards auszunützen. Er lehnt die vorgesehene Bestimmung betreffend die Information zu Art und Zweckbestimmung der Geschäftsbeziehung ab, da die Zweckbestimmungen eines Lebensversicherungsvertrages in aller Regel bekannt sind. Zu zusätzlichem administrativem Aufwand kann die neu vorgeschriebene Meldung an die Meldestelle für Geldwäscherei über abgebrochene Geschäftsbeziehungen führen, insbesondere dann, wenn grössere Abklärungen des Finanzintermediärs erforderlich und diese in geeigneter Form festzuhalten sind.

FINMA

Die Finanzmarktaufsicht wird in der Schweiz heute im Wesentlichen durch die Eidgenössische Bankenkommission (EBK), das Bundesamt für Privatversicherungen (BPV) und die Kontrollstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Kst GwG) wahrgenommen. In seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMAG) beantragt der Bundesrat die Zusammenführung dieser drei Behörden. Die neu zu schaffende Behörde soll eine wirksame und effiziente Aufsicht des Finanzmarktes Schweiz garantieren. Der SVV steht diesem Vorhaben positiv gegenüber, setzt allerdings voraus, dass den Besonderheiten der Lebenssassekuranz gerade im Bereich der Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung gebührend Rechnung getragen wird. Das Gesetz soll auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten.

GwV BPV

Das BPV hat die Verordnung vom 24. Oktober 2006 über die Bekämpfung der Geldwäscherei (GwV BPV) auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Die Selbstregulierungsorganisation SRO-SVV hat ihr Reglement innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Erlasses an die neuen Vorschriften anzupassen.

Die Verordnung konkretisiert die Pflichten der Versicherungsunternehmen und setzt die Rahmenbedingungen für die Selbstregulierung im Versicherungsbereich fest. Die GwV BPV ist auf alle Versicherungseinrichtungen im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) an-

wendbar, die in der direkten Lebensversicherung tätig sind oder Anteile von Anlagefonds anbieten oder vertreiben. Die Vorschriften sind als Minimalvorschriften ausgestaltet, welche der SRO-SVV ermöglichen, in ihrem Reglement zusätzliche oder strengere Bestimmungen vorzusehen.

SRO-SVV

Im Berichtsjahr standen die Anpassungen bestehender Rechtsgrundlagen als Folge des GAFI-Länderexamens Schweiz 2005 und der revidierten Verordnung des BPV über die Bekämpfung der Geldwäscherei im Vordergrund. Auf den 1. Januar 2006 traten die Bestimmungen des Reglements SRO-SVV betreffend die Abklärung der Hintergründe und die Kontrolle, Sanktionen und Rechtsmittel sowie über die Einführung eines externen Beauftragten in Kraft. Künftig haben die Mitglieder der SRO-SVV zwingend bei jeder dem Geldwäschereigesetz unterstellten Geschäftsbeziehung zu prüfen, ob der Vertragspartner eine politisch exponierte Person im Sinne des Reglements der SRO-SVV ist. Die technische Umsetzung dieser Neuerung musste Ende Juni 2007 abgeschlossen sein. Zudem haben die Mitgliedsgesellschaften einen von der Geschäftsleitung und der Verwaltung unabhängigen externen Beauftragten zu bezeichnen, der auf ausdrückliche Anordnung des Vorstandes SRO-SVV und nach dessen Vorgaben die Einhaltung der Sorgfaltspflichten kontrolliert. Im Berichtsjahr fanden bei sechs der SRO-SVV angeschlossenen Versicherungsunternehmen externe Revisionen statt.

Die Fachkommission Geldwäscherei befasste sich in mehreren Sitzungen mit der Revision des geltenden Reglements. Die revidierten Bestimmungen wurden im Juni 2007 der Aufsichtsbehörde zur Vorprüfung zugestellt. Anschliessend erfolgt die Urabstimmung bei den Mitgliedern. Die Teilrevision des Reglements soll auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten. Die Versicherungsunternehmen haben ihre internen Erlasse innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Reglements an die neuen Vorschriften anzupassen.

Ein Workshop mit dem BPV, an welchem Vertreter der Fachkommission Geldwäscherei und der Geschäftsstelle teilnahmen, diente einer Aussprache über die künftige

Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde als Folge der GAFI-Länderprüfung Schweiz 2005 und über die Revision der Verordnung über die Geldwäscherei. Die SRO-SVV und das BPV begrüssen solche Workshops.

Geschäftsstelle

Die Anfragen von Mitgliedern haben gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen und betrafen wieder zur Hauptsache die Auslegung von Reglementsbestimmungen. Diese Tatsache bestätigt die Notwendigkeit einer Überarbeitung des bestehenden Kommentars zum Reglement SRO-SVV. Die Vorarbeiten hiezu sind eingeleitet; der aktualisierte Kommentar soll Ende 2007 in elektronischer Form zur Verfügung stehen.

Im Berichtsjahr erstatteten die Mitgliedsgesellschaften in 18 Fällen Meldung an die Meldestelle für Geldwäscherei (2005: neun Fälle). Die Meldungen betrafen zur Hauptsache den Verdacht der Prämienzahlungen aus Geldern krimineller Herkunft, die Unplausibilität von Vertragsabschlüssen trotz zusätzlicher Abklärungen sowie die Plausibilität von Transaktionen.

Praxisnahe Umsetzung der GAFI-Empfehlungen und der GwV BPV

Der SVV steht einem griffigen und wirtschaftsverträglichen Abwehrdispositiv zur Bekämpfung der internationalen Wirtschaftskriminalität positiv gegenüber und begrüsst grundsätzlich den eingeschlagenen Weg des Bundesrats zur Umsetzung der revidierten GAFI-Empfehlungen. Aufwand und Ertrag müssen jedoch in einem vernünftigen Verhältnis stehen und die Umsetzung der regulatorischen Vorgaben hat praxisnah zu erfolgen. In diesem Sinne wird der SVV die anstehenden Gesetzesrevisionen weiterhin kritisch verfolgen und seine Anliegen bei den zuständigen Behörden nachhaltig vertreten.

Paul Müller, Präsident SRO-SVV

Vereinsorgane

Mitglieder

Im Berichtsjahr gehörten 25 Versicherungsunternehmen der SRO-SVV an. Die Jahresrechnung 2005 und das Budget 2006 wurden in einer Urabstimmung verabschiedet und dem Vorstand Décharge erteilt. Der Mitgliederbeitrag wurde auf CHF 6'000 belassen.

Vorstand und Fachkommission Geldwäscherei

Der *Vorstand* SRO-SVV hielt im Jahre 2006 fünf Sitzungen ab (13. Januar, 13. März, 4. April, 15./16. August, 3. November).

Die *Fachkommission Geldwäscherei* hielt als Gesamtkommission drei Sitzungen ab. Schwerpunkte der Sitzungen waren die Überarbeitung des Berichterstattungsformulars der Gesellschaften an die SRO-SVV und die Revision des Reglements SRO-SVV. Eine aus Mitgliedern der Fachkommission bestehende Arbeitsgruppe befasste sich in zwei Sitzungen mit der Vorbereitung der Stellungnahme der SRO-SVV zur Revision der Verordnung des BPV zur Bekämpfung der Geldwäscherei sowie mit der Überarbeitung des Reglements SRO-SVV.

Die Kontakte zur Aufsichtsbehörde wurden durch den Präsidenten der Fachkommission Geldwäscherei und die Geschäftsstelle sowie durch den externen Berater SRO-SVV wahrgenommen.

Die *Geschäftsstelle* der SRO-SVV wurde durch Roland A. Müller (Ressortleiter Personenversicherung des SVV) und Jörg Kistler (Stellvertretender Ressortleiter Personenversicherung des SVV) betreut.

Zusammensetzung des Vorstandes SRO-SVV
(Stand 31. Dezember 2006):

- Josef Bättig (Zürich), Präsident
- Conrad Gähler (Generali Personenversicherung)
- Klaus Dauner (Allianz Suisse)
- Donald Desax (Helvetia)
- Imre B. Emmerth (Pax Leben)
- Ruedi Kubat (AXA Winterthur)
- Franz Josef Kaltenbach (Basler Versicherungen)
- Daniel Loup (Die Mobiliar)
- Antimo Perretta (Swiss Life)
- Anton Peter (Nationale Suisse)
- Klemens Binswanger (Swiss Re)
- Jean-Michel Waser (Vaudoise)

Zusammensetzung der Fachkommission Geldwäscherei
(Stand 31. Dezember 2006):

- Eugen Müller (Swiss Life), Präsident, Mitglied der Kommission Rechtsfragen Leben des SVV
- Wolfgang Buck (Basler Versicherungen)
- Franziska Schäublin (Zürich)
- Frank Kilchenmann (Helvetia Versicherungen)
- Isabella De Righetti (AXA Winterthur)
- Stefan Plattner (Nationale Suisse)
- Regina Häfliger (Allianz Suisse)
- Peter Friedrich (Generali Schweiz Holding)
- Nadine Probst (Die Mobiliar)

Tätigkeitsbericht

Schwerpunkte der Aktivitäten im Berichtsjahr waren:

- Stellungnahme zum weiteren Vorgehen bei der Umsetzung der revidierten Empfehlungen der GAFI zur Bekämpfung der Geldwäscherei;
- Stellungnahme zum Vorentwurf betreffend die Verordnung des BPV über die Bekämpfung der Geldwäscherei;
- Ausarbeitung eines erweiterten Fragebogens für die jährliche Berichterstattung der Mitglieder der SRO-SVV im Zusammenhang mit den Reglementsrevisionen, insbesondere mit der Einführung einer externen Revisionsstelle;
- Teilrevision des Reglements SRO-SVV.

Teilrevision des Reglements SRO-SVV

Die Fachkommission Geldwäscherei und eine von ihr eingesetzte Arbeitsgruppe haben sich in mehreren Sitzungen mit der Teilrevision des Reglements SRO-SVV befasst. Diese ist bedingt durch die revidierte Verordnung des BPV über die Bekämpfung der Geldwäscherei. Ziel der Revision ist die praxisnahe Umsetzung der neuen regulatorischen Vorgaben. Die Arbeiten sind abgeschlossen. Der Entwurf wurde der Aufsichtsbehörde zur Vorprüfung zugestellt. Anschliessend findet die Urabstimmung statt. Das neue Reglement soll auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten.

GwV BPV

Das BPV hat die revidierte Verordnung vom 24. Oktober 2006 über die Bekämpfung der Geldwäscherei auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt. Die Vorschriften sind als Minimalvorschriften ausgestaltet, welche der SRO-SVV ermöglichen, in ihrem Reglement zusätzliche oder strengere Bestimmungen zu erlassen.

Besprechungen mit dem BPV

Im Berichtsjahr fanden zwei Besprechungen und ein Workshop mit Vertretern der Fachkommission Geldwäscherei, der Geschäftsstelle und des BPV statt. Sie dienten der Bereinigung der erweiterten Berichterstattung an das BPV als Folge des Berichts der GAFI zum Länderexamen Schweiz 2005 und der Erläuterung der revidierten Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei.

Fragebogen

Die Teilrevision des Reglements SRO-SVV (Politisch exponierte Personen und Einführung der externen Revision) bedingte eine Überarbeitung des Fragebogens für die jährliche Berichterstattung der Mitglieder. Der neue Fragebogen gelangte erstmals für die Berichterstattung 2006 zur Anwendung.

Externe Revision

Nach § 11 Reglement SRO-SVV haben die Mitgliedsgesellschaften seit 1. Januar 2006 neben ihrer internen Revisions- oder Kontrollstelle einen von der Geschäftsleitung und der Verwaltung unabhängigen externen Beauftragten zu bezeichnen, der auf Anordnung des Vorstandes SRO-SVV und nach dessen Vorgaben die Einhaltung der Sorgfaltspflichten kontrolliert. Für das Berichtsjahr hat der Vorstand sechs Gesellschaften bezeichnet, bei denen eine externe Revision durchzuführen ist.

Als Prüffelder für die Revision, welche für alle innerhalb einer Zeitspanne von vier Jahren zu prüfenden Gesellschaften einheitlich definiert werden, wurden festgelegt:

- Interne Organisation zur Verhinderung der Geldwäscherei (Art. 8 GwG und §9 Reglement);
- Ausbildung (Art. 8 GwG und §9 Reglement);
- Meldepflicht und Vermögenssperre (Art. 9 und 10 GwG sowie §9 Reglement);
- Dokumentation (Art. 7 GwG und §8 Reglement).

Alle Revisionsberichte bestätigen, dass die gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen in den vorgegebenen Prüffeldern grundsätzlich eingehalten und umgesetzt wurden. Die festgestellten Mängel waren vorab organisatorischer Natur und betrafen zur Hauptsache interne Abläufe. Empfohlen wurde auch das Einholen von zusätzlichen Informationen über die Vertragspartei oder die wirtschaftlich berechnete Person ab Erreichen einer vom Versicherungsunternehmen festzulegenden Höhe der Einmalprämien oder der Jahresprämien.

Economiesuisse

Der Präsident der Fachkommission Geldwäscherei vertritt die SRO-SVV in der Arbeitsgruppe «Geldwäscherei» der economiesuisse. Die Arbeitsgruppe vertritt die Anliegen der Wirtschaft bei der Revision des Geldwäschereigesetzes.

Berichterstattung der Mitglieder

Berichterstattung

Alle Gesellschaften sind der reglementarischen Verpflichtung zur jährlichen Berichterstattung nachgekommen. Der neue Fragebogen «Berichterstattung SRO Geschäftsjahr 2006» wurde umfassend beantwortet und mit den notwendigen Unterlagen versehen. Angeregt wurde ein jährliches Treffen der Geldwäscherei-Verantwortlichen in den Versicherungsunternehmen, das dem Erfahrungsaustausch dienen soll.

Feststellung zu den Berichten

a) interne Organisation

Die Einhaltung der gesetzlichen und reglementarischen Sorgfaltspflichten wurde bei den Mitgliedern durch die interne oder durch eine externe Revisionsstelle stichprobenweise geprüft. Gravierende Mängel wurden bei keinem Versicherungsunternehmen festgestellt. Bemerkungen der Revisionsstellen zu leichten Mängeln in der Handhabung der Sorgfaltspflichten führten zur Überarbeitung der internen Weisungen und zur Optimierung von Betriebsabläufen. Zudem wurden die Kundendossiers nachgebessert.

b) Schulung

Die Mitglieder haben die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter im Innen- und Aussendienst und der Broker weiter ausgebaut. Sie verfügen über EDV-unterstützte Basis- und Fortsetzungsmodule. Grössere Versicherungsunternehmen verfügen zumeist über eine Name-Matching-Software zur Erkennung von PEP und von terrorismusverdächtigen Personen.

c) Statistik

Im Berichtsjahr haben die Meldungen an die interne Fachstelle zur Bekämpfung der Geldwäscherei (Meldungen von im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Sorgfaltspflichten erkannten Unregelmässigkeiten und von anderen Umständen, die auf eine mögliche Geldwäscherei hindeuten können) wieder zugenommen. In rund 1190 Fällen beantworteten die internen Fachstellen Anfragen der Fachbereiche schriftlich.

Sie betrafen zur Hauptsache:

- Einforderung zusätzlicher Unterlagen;
- Vertiefte Abklärungen bei ungewöhnlichen Transaktionen;
- Erneute Identifizierung der Vertragspartei oder der wirtschaftlich berechtigten Person;
- Abklärung der Hintergründe.

d) Geplante Massnahmen für 2007

- Überprüfung von Arbeitsabläufen (Prozessen);
- Revision und Aktualisierung der internen GwG-Vorschriften;
- Überprüfung der Kundendossiers;
- Themenspezifische Schulungen;
- E-Learning Tools für die Grund- und Weiterbildung der Mitarbeiter;
- Einführung von Name-Matching-Software.

Zürich, im Juni 2007

Avant-propos du président

Le maintien d'une place financière saine est de la plus haute importance pour que la Suisse puisse continuer à bénéficier de conditions favorables en matière de concurrence. L'Association Suisse d'Assurances (ASA) soutient dès lors l'intention du Parlement et des autorités de participer aux efforts de la communauté internationale visant à intensifier la lutte contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. L'objectif doit être que la Suisse dispose d'un système moderne, efficace, mais économiquement et administrativement supportable pour lutter contre le blanchiment d'argent et contre le financement du terrorisme. C'est dans cet esprit que l'ASA approuve le message du Conseil fédéral sur la mise en œuvre des recommandations révisées du GAFI et l'extension au financement du terrorisme de la loi sur le blanchiment d'argent.

Evolution au sein de l'UE

Le 1^{er} août 2006, la Commission UE a édicté des mesures d'application pour la mise en œuvre de la 3^e Directive UE du 25 novembre 2005 sur le blanchiment d'argent. Celle-ci précise notamment quelles sont les personnes politiquement exposées à ranger sous le sigle PPE, et que cela ne doit concerner que des personnes étrangères et leurs proches. Par ailleurs, quelques critères techniques ont été fixés pour la mise en pratique d'obligations de diligence simplifiées à l'égard de certains clients, produits et transactions. Les Etats membres de l'UE doivent transposer la directive jusqu'au 15 décembre 2007 au plus tard dans leur droit national.

Au niveau fédéral

En juin 2007, le Conseil fédéral a approuvé, à l'intention des Chambres fédérales, un projet de message sur la mise en œuvre des recommandations révisées du GAFI. Le projet étend le champ d'application de la loi fédérale sur le blanchiment d'argent (LBA) au financement du terrorisme et contient quelques mesures destinées à accroître l'efficacité du dispositif suisse de défense et à mieux protéger la place financière suisse contre les abus. En élaborant le projet, on a veillé à réduire dans toute la mesure du possible le travail administratif qui en résulte pour les intermédiaires financiers et les autorités et à éviter d'augmenter outre mesure le dispositif réglementaire.

L'ASA trouve que la voie suivie est la bonne. Un dispositif de défense efficace et économiquement supportable revêt une grande importance, mais il faut tirer parti des marges de manœuvre dans l'application des standards internationaux. L'ASA refuse la disposition prévue relative à l'information sur l'objet, le but de la relation d'affaires, la finalité d'un contrat d'assurance sur la vie étant de toute manière connue. Quant à la nouvelle obligation prévue d'annoncer au Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent en cas de rupture des négociations visant à établir une relation d'affaires, elle peut entraîner un surcroît de travail administratif, notamment lorsque d'importantes clarifications sont exigées sur l'intermédiaire financier et que celles-ci doivent s'effectuer dans les règles.

AUFIN/FINMA

En Suisse, la surveillance des marchés financiers est actuellement et pour l'essentiel exercée par la Commission fédérale des banques (CFB), l'Office fédéral des assurances privées (OFAP) et l'Autorité de contrôle en matière de lutte contre le blanchiment d'argent (AdC LBA). Dans son message concernant la loi fédérale sur l'autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (LAUFIN / FINMAG), le Conseil fédéral propose de regrouper ces trois organes fédéraux de surveillance. La nouvelle autorité à créer doit garantir une surveillance effective et efficiente du marché financier suisse. L'ASA est favorable à ce projet, mais à la condition qu'il soit tenu compte de manière appropriée des particularités de l'assurance sur la vie, spécialement dans le domaine de la lutte contre le blanchiment d'argent et du financement du terrorisme. La loi doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2009.

OBA OFAP

Le 1^{er} janvier 2007, l'Ordonnance de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent (OBA OFAP) du 24 octobre 2006 est entrée en vigueur. L'organisme d'autorégulation OA-ASA doit, dans le délai d'une année après l'entrée en vigueur de l'ordonnance, adapter son Règlement aux nouvelles dispositions.

L'ordonnance précise les obligations des entreprises d'assurance et fixe les dispositions générales applica-

bles aux organismes d'autorégulation des entreprises d'assurance privées. L'OBA OFAP s'applique à toutes les entreprises d'assurance qui, au sens de la loi sur la surveillance des assurances (LSA), exercent une activité en matière d'assurance directe sur la vie ou proposent ou distribuent des parts de fonds de placement. Il s'agit-là de dispositions minimales permettant à l'OA-ASA de prévoir des prescriptions complémentaires ou plus strictes.

OA – ASA

Au cours de l'exercice sous revue, les adaptations des bases juridiques suite à l'évaluation mutuelle 2005 de la Suisse par le GAFI et à l'ordonnance révisée de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent ont été au premier plan. Les dispositions du Règlement OA-ASA relatives à l'obligation de clarification de l'arrière-plan économique et au contrôle, aux sanctions et à la voie de droit, ainsi qu'à l'introduction d'un mandataire externe, ont pris effet le 1^{er} janvier 2006. À l'avenir, les membres de l'OA-ASA devront obligatoirement vérifier, pour toute relation d'affaires soumise à la loi sur le blanchiment d'argent, si le partenaire contractuel est une personne politiquement exposée au sens du Règlement OA-ASA. La mise en application technique de cette nouvelle disposition doit être achevée à fin juin 2007. Par ailleurs, les compagnies membres doivent désigner un mandataire externe ne dépendant ni de la direction ni de l'administration, qui, sur ordre formel du Comité de l'OA-ASA et conformément à ses instructions, contrôlera l'observation des obligations de diligence selon la LBA. Au cours de l'exercice, six entreprises d'assurance affiliées à l'OA-ASA ont fait l'objet d'une révision externe.

A l'occasion de plusieurs séances, la Commission d'experts en blanchiment d'argent s'est occupée de la révision du Règlement en vigueur. Les dispositions révisées ont été soumises à l'Autorité de surveillance en juin 2007 pour examen préliminaire, sur quoi les membres ont participé à un vote par correspondance. La révision partielle du Règlement doit prendre effet le 1^{er} janvier 2008. Les entreprises d'assurance doivent adapter leurs directives internes aux nouvelles dispositions dans les six mois qui suivent l'entrée en vigueur du Règlement.

Un atelier avec l'OFAP auquel ont participé des représentants de la Commission d'experts en blanchiment d'argent et du secrétariat OA-ASA a servi à clarifier le futur reporting aux autorités de surveillance suite à l'évaluation mutuelle 2005 de la Suisse par le GAFI et à la révision de l'ordonnance de l'OFAP sur le blanchiment d'argent. Tant l'OA-ASA que l'OFAP sont favorables à de tels ateliers.

Secrétariat

Le nombre des questions posées par les membres a sensiblement augmenté par rapport à l'année précédente, et celles-ci portaient une fois encore essentiellement sur l'interprétation des dispositions réglementaires. Cet état de fait confirme la nécessité de remanier l'actuel Commentaire relatif au Règlement OA-ASA. Les travaux préliminaires à cet effet sont en cours.

En 2006, les compagnies membres ont annoncé 18 cas de soupçon de blanchiment d'argent au Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent (MROS) (9 cas en 2005). Les annonces concernaient surtout le soupçon de primes payées par de l'argent d'origine criminelle, le caractère non plausible de conclusions de contrats malgré des élucidations complémentaires, ainsi que la plausibilité de transactions.

Application axée sur la pratique des recommandations du GAFI et de l'OBA OFAP

L'ASA voit d'un bon œil un dispositif de défense efficace et économiquement supportable destiné à lutter contre la criminalité économique internationale, et salue en principe la voie sur laquelle s'est engagé le Conseil fédéral afin de mettre en application les recommandations révisées du GAFI. Reste que la relation coût/efficacité doit être raisonnable et que l'application des contraintes réglementaires doit tenir compte des réalités pratiques. C'est dans cet esprit que l'ASA va suivre d'un œil critique la révision légale qui est à l'ordre du jour et défendre efficacement son point de vue auprès des autorités concernées.

Paul Müller, président de l'OA-ASA

Organes de l'association

Membres

Pour l'exercice 2006, l'effectif des membres de l'OA-ASA s'établissait à 25 entreprises d'assurance. Les comptes annuels 2005 et le budget 2006 ont été approuvés par un vote par voie de circulaire et décharge a été donnée au Comité. La cotisation des membres reste fixée à CHF 6'000.

Comité et Commission d'experts en blanchiment d'argent

En 2006, le *Comité* OA-ASA a tenu cinq séances (13 janvier, 13 mars, 4 avril, 15/16 août, 3 novembre).

La *Commission d'experts en blanchiment d'argent* s'est réunie trois fois. Le remaniement du formulaire servant au rapport à fournir à l'OA-ASA par les compagnies et la révision du Règlement OA-ASA ont été les principaux objets de ces séances. Un groupe de travail constitué des membres de la Commission d'experts a consacré deux séances à préparer la prise de position de l'OA-ASA sur la révision de l'Ordonnance de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent et à remanier le Règlement OA-ASA.

Les contacts avec l'Autorité de surveillance ont été assumés par le président de la Commission d'experts en blanchiment d'argent ainsi que par le conseiller externe de l'OA-ASA.

Le *secrétariat* a été pris en charge par Roland A. Müller (responsable du département assurances de personnes de l'ASA) et Jörg Kistler (remplaçant du responsable du département assurances de personnes de l'ASA).

Composition du Comité de l'OA-ASA (état au 31 décembre 2006) :

- Josef Bättig (Zurich), président
- Conrad Gähler (Generali Assurances de personnes)
- Klaus Dauner (Allianz Suisse)
- Donald Desax (Helvetia)
- Imre B. Emmerth (Pax Vie)
- Ruedi Kubat (AXA Winterthur)
- Franz Josef Kaltenbach (Bâloise)
- Daniel Loup (La Mobilière)
- Antimo Perretta (Swiss Life)
- Anton Peter (Nationale Suisse)
- Klemens Binswanger (Swiss Re)
- Jean-Michel Waser (Vaudoise)

Composition de la Commission d'experts en blanchiment d'argent (état au 31 décembre 2006) :

- Eugen Müller (Swiss Life), président, membre de la Commission questions juridiques vie de l'ASA
- Wolfgang Buck (Bâloise)
- Franziska Schäublin (Zurich)
- Frank Kilchenmann (Helvetia)
- Isabella De Righetti (AXA Winterthur)
- Stefan Plattner (Nationale Suisse)
- Regina Häfliger (Allianz Suisse)
- Peter Friedrich (Generali Suisse Holding)
- Nadine Probst (La Mobilière)

Rapport d'activité

En 2006, les principales activités ont été :

- Prise de position quant à la marche à suivre pour la mise en œuvre des recommandations révisées du GAFI portant sur la lutte contre le blanchiment d'argent
- Prise de position quant à l'avant-projet relatif à l'ordonnance de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent
- Mise au point d'un questionnaire élargi pour le rapport annuel à livrer par les membres de l'OA-ASA, et ce eu égard aux révisions du Règlement, notamment en ce qui concerne l'introduction d'un organe de révision externe
- Révision partielle du Règlement OA-ASA.

Révision partielle du Règlement de l'OA-ASA

La Commission d'experts en blanchiment d'argent et un groupe de travail qu'elle avait mis sur pied ont consacré plusieurs séances à la révision partielle du Règlement de l'OA-ASA, révision rendue nécessaire par la révision de l'Ordonnance de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent. La révision a pour objectif une mise en application axée sur la pratique des nouvelles directives réglementaires. Les travaux sont achevés. Le projet a été soumis à l'Autorité de surveillance pour examen préliminaire. Un vote par correspondance suivra alors. Le nouveau Règlement doit entrer en vigueur le 1^{er} janvier 2008.

OBA OFAP

L'OFAP a mis le 1^{er} janvier 2007 l'Ordonnance du 24 octobre 2006 sur la lutte contre le blanchiment d'argent en vigueur. Les dispositions constituent des dispositions minimales, ce qui permet à l'OA-ASA d'émettre des directives complémentaires ou plus strictes dans son Règlement.

Entretiens avec l'OFAP

En 2006, deux entretiens et un atelier ont été organisés entre des représentants de la Commission d'experts en blanchiment d'argent, le secrétariat et l'OFAP. Ils ont servi à apurer le rapport élargi à remettre à l'OFAP suite à l'évaluation mutuelle 2005 de la Suisse par le GAFI et aux précisions apportées par l'Ordonnance révisée de l'OFAP sur la lutte contre le blanchiment d'argent.

Questionnaire

La révision partielle du Règlement de l'OA-ASA (personnes politiquement exposées et introduction de la révision externe) exigeait que le questionnaire servant de base aux rapports à fournir chaque année par les membres soit remanié. Le nouveau questionnaire a été utilisé pour le rapport 2006 pour la première fois.

Révision externe

Selon le § 11 du Règlement de l'OA-ASA, les compagnies affiliées sont tenues, depuis le 1^{er} janvier 2006, de désigner, en plus de leur organe de révision ou de contrôle interne, un mandataire externe ne dépendant ni de la direction ni de l'administration qui contrôle, sur ordre exprès du Comité de l'OA-ASA, l'observation des obligations de diligence selon la LBA. En 2006, le Comité a désigné six compagnies auprès desquelles une révision externe devait être effectuée.

Les points à contrôler lors de la révision externe, définis de manière uniforme pour toutes les compagnies à contrôler dans un laps de temps de quatre ans, sont :

- Organisation interne pour empêcher le blanchiment d'argent (Art. 8 LBA et § 9 du Règlement)
- Formation (Art. 8 LBA et § 9 du Règlement)
- Obligation de communiquer et blocage des avoirs (Art. 9 et 10 LBA ainsi que § 9 du Règlement)
- Documentation (Art. 7 LBA et § 8 du Règlement).

Tous les rapports de révision confirment que les dispositions légales et réglementaires ont été respectées et appliquées en ce qui concerne les points à contrôler prescrits. Les manquements constatés étaient surtout de nature organisationnelle et concernaient principalement les phases d'exécution internes. Il a aussi été recommandé de demander des informations supplémentaires sur la partie contractante ou sur l'ayant droit économique lorsque le montant de la prime unique ou des primes annuelles atteint un niveau à fixer par l'entreprise d'assurance.

Economiesuisse

Le président de la Commission d'experts en blanchiment d'argent représente l'OA-ASA au sein du groupe de travail « Blanchiment d'argent » d'economiesuisse. Ce groupe de travail défend les intérêts de l'économie dans le contexte de la révision de la loi sur le blanchiment d'argent.

Rapports fournis par les membres

Rapports

Toutes les compagnies se sont acquittées de l'obligation de fournir un rapport annuel. Il a été répondu de manière complète au nouveau questionnaire « Rapport OA sur l'exercice 2006 » et les documents nécessaires les ont accompagnés. Il a été proposé une rencontre annuelle des responsables du blanchiment d'argent des entreprises d'assurance afin de pouvoir procéder à un échange d'expériences.

Constatations afférentes aux rapports

a) Organisation interne

L'observation des obligations légales et réglementaires de diligence a fait l'objet de sondages effectués auprès des compagnies membres par un organe de contrôle interne ou externe. De graves irrégularités n'ont été constatées auprès d'aucune entreprise d'assurance. Les remarques des organes de révision relatives à des manquements mineurs dans l'observation des obligations de diligence ont entraîné le remaniement des directives internes et une optimisation des processus de travail. Par ailleurs, des améliorations ont été apportées aux dossiers des clients.

b) Formation

Les compagnies membres ont encore perfectionné la formation de base et continue de leurs collaborateurs des services tant internes qu'externes, comme celle des courtiers. Elles disposent de modules de base et d'un suivi assistés par ordinateur. Les entreprises d'assurance plus importantes disposent le plus souvent d'un « Name-Matching-Software » pour identifier les PPE et les personnes suspectes de terrorisme.

c) Statistique

En 2006, le nombre de communications adressées aux services spéciaux internes de lutte contre le blanchiment d'argent (communications d'irrégularités décelées ou de toute autre circonstance pouvant faire supposer un blanchiment d'argent dans le cadre de l'observation des obligations de diligence) a une fois encore augmenté. Dans environ 1190 cas, les services spéciaux internes ont répondu par écrit aux questions des services concernés.

Les communications concernaient essentiellement :

- Demandes de documents supplémentaires
- Clarifications plus approfondies lors de transactions inhabituelles
- Nouvelle identification de la partie contractante ou de l'ayant droit économique
- Obligation de clarification.

d) Mesures prévues pour 2006

- Contrôle de l'organisation du travail (processus)
- Révision et mise à jour des prescriptions LBA internes
- Contrôle des dossiers clients
- Formation propre à certains thèmes
- E-Learning Tools pour la formation de base et continue des collaborateurs
- Introduction d'un « Name-Matching-Software ».

Zurich, juin 2007

SROSVV OAASA

Selbstregulierungsorganisation
des Schweizerischen Versicherungsverbandes
zur Bekämpfung der Geldwäscherei

Organisme de l'autorégulation de
l'Association Suisse d'Assurances
pour la lutte contre le blanchiment d'argent

Geschäftsstelle

Schweizerischer
Versicherungsverband (SVV)
C. F. Meyer-Strasse 14
Postfach 4288
CH-8022 Zürich
Tel. +41 44 208 28 28
Fax +41 44 208 28 00
info@svv.ch
www.svv.ch

Centre opérationnel

Association Suisse d'Assurances (ASA)
C. F. Meyer-Strasse 14
Case postale 4288
CH-8022 Zurich
Tél. +41 44 208 28 28
Fax +41 44 208 28 00
info@svv.ch
www.svv.ch